

WAS WIR WOLLEN

DEN AUFBAU FÖRDERN! DEN SCHWACHEN HELFEN!
DIE FREIHEIT SICHERN!

I. Die Sozialdemokratische Partei steht vor der kommenden Wahlentscheidung unverändert zu ihren bisherigen Grundsätzen:

1. Oberstes Ziel aller Deutschen ist nach wie vor die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Dabei hat Berlin eine selbständige Aufgabe zu erfüllen.
2. Angesichts der großen Leistungen der Berliner Bevölkerung für den Bestand der Bundesrepublik und der freiheitlichen Welt ist die Hilfe der Bundesrepublik für Berlin eine nationale Selbstverständlichkeit. Sie darf daher nicht zum Gegenstand parteipolitischer Propaganda gemacht werden.
3. Die großen Opfer, die Krieg und Nachkriegszeit dem deutschen Volk, insbesondere den Ärmsten, auferlegt haben, sind nicht gebracht worden, damit diejenigen davon profitieren, die die Hauptschuld an diesem Unglück tragen.
4. Wirtschaftlicher Aufstieg, soziale Sicherheit und Freiheit der Staatsbürger finden sich stets bei denjenigen Völkern, deren Regierungen ernsthaft bemüht sind, in erster Linie das Schicksal des kleinen Mannes zu verbessern und allen Schichten des Volkes Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die SPD wird ihre Politik auch in Berlin nach diesen Grundsätzen gestalten.
5. Ein sichtbarer Beweis für die Ehrlichkeit dieser Grundsätze ist in Berlin die von Sozialdemokraten unter Ernst Reuter geleistete Aufbauarbeit. Dieser Leistung ist es zu verdanken, daß Berlin in so kurzer Zeit großes Ansehen in der gesamten freien Welt errungen hat.

II. Nach einjähriger Tätigkeit eines rein bürgerlichen Senats stellen wir fest:

1. Die von der CDU und FDP aufgezählten Erfolge des vergangenen Jahres sind nicht etwa das Resultat ihrer eigenen Arbeit, sondern allein die Ergebnisse der vorausgegangenen, von Ernst Reuter mit der SPD erzielten Aufbauleistungen für Berlin.
2. Die von der CDU und FDP im letzten Wahlkampf ausgegebene Devise: „Brecht die sozialdemokratische Mehrheit, und Bonn wird Berlin verstärkt helfen!“ hat sich als falsch herausgestellt. Bonn hat Berlin nicht mehr Hilfe gewährt als früher, sondern weniger.
3. Der Grund hierfür liegt in der mangelnden Führung und kraftlosen Vertretung Berlins durch den Schreiber-Senat. Unsere Stadt, Vorposten der Freiheit, sinkt immer mehr zu einem Vorort von Bonn herab. Die Stimme Berlins muß in der Welt wieder gehört werden und Gewicht erhalten.
4. Das Ausbleiben zahlreicher sozialer und politischer Verschlechterungen ist kein Beweis einer Sinnesänderung der bürgerlichen Parteien. Es ist ein Erfolg des energischen Widerstandes der sozialdemokratischen Opposition und der Furcht von CDU und FDP vor der Entscheidung der Wähler am 5. Dezember. Bei einem Wahlsieg der gegenwärtigen Regierungsparteien sind Mieterhöhungen, Brotverteuerungen und andere wirtschaftliche und soziale Verschlechterungen sowie weitere Experimente mit der Berliner Schule mit Sicherheit zu erwarten.

III. Die SPD verzichtet darauf, schon heute ein in alle Einzelheiten gehendes Regierungsprogramm aufzustellen. Sie unterbreitet aber den Berlinern ihre Stellungnahme zu den entscheidenden Fragen, auf die der Wähler eine klare Antwort erwarten darf.

1. Da die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit unverändert das oberste Ziel unserer Politik ist, sind wir jederzeit zu Gesamtberliner Wahlen bereit, um die Einheit und Freiheit für ganz Berlin zu verwirklichen. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ist die Stellung Berlins als Land der Bundesrepublik zu festigen.
2. Die freiheitliche Grundordnung ist gegen alle ihre Feinde, insbesondere gegen bolschewistische Umsturzversuche und neofaschistische Umtriebe energisch zu schützen.
3. Verfassungsexperimente sind keine wirksamen Maßnahmen für eine wirkliche Reform und Verbilligung der Verwaltung. Statt dessen fordern wir eine gründliche Modernisierung der Verwaltung und eine Vereinfachung des für den Bürger unübersehbaren Gesetzeswirrwarrs.
4. Die Renten und die Unterstützungssätze sind unverzüglich an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen.
5. Zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit stehen die Bemühungen um die Schaffung neuer Arbeitsplätze nach wie vor an der Spitze unseres wirtschaftspolitischen Programms.
Solange jedoch noch so viele Menschen das Los der Erwerbslosigkeit tragen müssen, sind für diesen Personenkreis folgende Maßnahmen alsbald zu verwirklichen:
 - a) Langjährige Erwerbslosigkeit darf sich beim Eintritt des Rentenfalles nicht nachteilig auswirken. Der Betroffene ist vielmehr in der Rentenversicherung so zu behandeln, als wenn die Erwerbslosigkeit nicht eingetreten wäre.
 - b) Das bisherige Verfahren der Anrechnung sämtlicher Einkünfte – auch der Familienangehörigen – auf die Alfu ist abzuändern und die Anrechnungsfreibeträge sind erheblich heraufzusetzen.
 - c) Die Teilnahme am Notstandsprogramm darf nicht nach Beendigung der Tätigkeit zu einer Kürzung der vorher bezogenen Erwerbslosenunterstützung führen.
6. In den öffentlichen Dienst sind erfahrene ältere kaufmännische Angestellte aus dem Kreis der langjährig Erwerbslosen einzustellen. Die einseitige Bevorzugung der 131er ist für Berlin in seiner besonderen sozialen Situation nicht zu vertreten.
7. Das Handwerk und der Einzelhandel benötigen umfassende Hilfe. Sie erfolgt am wirkungsvollsten durch die Steigerung der Kaufkraft der Berliner Bevölkerung. Unser Ringen um gerechte Löhne, Gehälter und Renten, sowie die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen hebt Umsätze und Verdienst des Mittelstandes. Die Bereitstellung von Betriebsmittelkrediten ist durch Bürgschaften zu fördern. Die Steuerlasten sind zu erleichtern, damit auch Klein- und Mittelbetriebe der Konkurrenz von Industrie und Großhandel gewachsen sind. Die mitarbeitende Ehefrau darf nicht schlechtergestellt werden als die berufstätige Ehefrau eines Arbeiters oder Angestellten.
8. Die gesetzlichen Entschädigungsansprüche der Kriegsoffer, der Opfer des Naziterrors, der Heimkehrer sind schnell und wirksam zu erfüllen. Es ist nicht Aufgabe der Behörden, durch juristische Spitzfindigkeiten möglichst viele Ansprüche abzuwehren.
9. Jede Erhöhung der Mieten für Wohn- und gewerbliche Räume ist weiterhin abzulehnen, da die soziale Lage der Berliner dies nicht zuläßt. Für wirklich und nachweisbar in Not geratene Hausbesitzer ist durch Steuererleichterungen und zinsbillige Kredite der notwendige Reparaturbedarf sicherzustellen, um den Althausbestand vor Verfall zu bewahren.
10. Der soziale Wohnungsbau ist weiter zu fördern und durch staatliche Zuschüsse so zu gestalten, daß die Mieten auch für die schlechtgestellten Wohnungsuchenden erschwinglich sind.
11. Die Hausrathilfe aus dem Lastenausgleich ist ab sofort nicht mehr in zwei Raten, sondern in einer Summe auszuführen. Dies erspart unnötige Verwaltungsarbeit und ermöglicht den Empfängern einen günstigeren Einkauf von Hausrat.
12. Alle ausgebombten Berliner sind im Lastenausgleich ohne Unterschied zu behandeln, einerlei, ob der Schaden im Westen oder im Osten unserer Stadt eingetreten ist. Schluß mit der bisherigen ungesetzlichen Anwendung der Härtefondsbestimmungen.
13. Die SPD tritt allen Bestrebungen entgegen, mit der Berliner Schule zu experimentieren. Wir wollen Schulen bauen und unsere Kinder endlich in Ruhe lernen lassen.
14. Eine Entscheidung für die SPD ist ein Bekenntnis zur Freiheit des Geistes. Sie ist mit jeder religiösen Überzeugung vereinbar.